

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1,20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag.

Anzeigen werden in D. R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die sechsgepaltenen Pettzeile kostet 15 Pfennig, die Reklamezeile 30 Pfennig. A. A. A.

Briefetal-Bote

Amts-Bezirks-Anzeiger

für Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Borgsdorf, Lehntz u. Umgegend

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Ausschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Amtliches Publikations-Organ für örtliche Bekanntmachungen und für Vereine
Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Ausschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Alleiniges amtliches Publikations-Organ mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder

No. 117.

Birkenwerder, Sonnabend, den 28. November 1908

7. Jahrg.

Unter Hinweis auf die §§ 9 und 38 des Urhebergesetzes ist der Nachdruck unserer Originalartikel verboten.

Die heutige Nummer enthält das illustrierte Familienblatt Nr. 47 und eine Beilage.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Wie in den Vorjahren, so hat auch in diesem Jahre eine Viehstands-Aufnahme zu erfolgen.

Diese Aufnahme wird am 1. Dezember d. J. stattfinden.

Das aufgestellte Verzeichnis der hier vorhandenen Bestände an Pferden, Eseln, Mauleseln, Maultieren und Hindvieh, mit Einschluß der Fohlen und Kälber, wird in der Zeit vom 4. bis einschließlich 17. Dezember d. J. im Gemeindeamt öffentlich ausliegen.

Nur innerhalb dieser Frist können Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses bei dem Unterzeichneten angebracht werden.

Auf Grund des nach Prüfung der etwaigen Einsprüche endgültig festgestellten Verzeichnisses werden später die von den einzelnen Viehbesitzern zu zahlenden Beiträge festgelegt und eingezogen.

Birkenwerder, den 17. November 1908.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Die Garantien des nationalen Besitzandes in den Ostmarken.

Die Kräfte, die bisher den Beweis erbracht haben, daß sie befähigt sind, den deutschen Besitzstand in den Ostmarken zu erhalten und zu erweitern, sind der besitzgelte Grundbesitz, die Ansiedlungskommission und unsere nationalen Organisationen. Aber ist es durchaus nicht verwunderlich, zu erfahren, daß auch das Polentum sich analoger Kräfte bedient, um seinerseits dieselben Erfolge zu erzielen. Ihm stehen zur Seite ebenfalls der besitzgelte polnische Grundbesitz und die von der polnischen katholischen Geistlichkeit geleiteten Parzellierungs- und Volksbanken. Einen Vorprung vor den Polen haben wir insoweit, als uns vor allem die staatlichen Machtmittel zur Verfügung stehen, die durch die Uebertragung des Enteignungsrechtes an die Ansiedlungskommission noch eine gewaltige Steigerung erfahren haben. Der Domänenfiskus vergrößert fortwährend seinen Besitz; daselbst tun durch Ankäufe die Ansiedlungskommission und durch Regulierungen die Mittelstandskasse, die beide durch Eintragung eines Vor- oder Wiederkaufsrechtes der Ansiedlungskommission in das Grundbuch den bäuerlichen Besitz in deutscher Hand dauernd festlegen.

Zum gesicherten deutschen Besitzstand gehören somit: der Besitz des forst- und Domänenfiskus mit 30 000 Hektar, der Besitz des königlichen Hausfideikommisses, des Privatbesitzes des Kaisers, der königlichen Prinzen und der Mitglieder des hohen Adels mit 74 250 Hektar, die Besitzungen verschiedener öffentlich-rechtlicher Korporationen mit 17 900 Hektar, die Ankäufe der Ansiedlungskommission mit 236 500 Hektar, die Ankäufe der Regulierung der Mittelstandskasse mit 13 000 Hektar und, last not least, die deutschen Fideikommiss mit 106 640 Hektar, zusammen 748 290 Hektar. Das dürfte nach amtlichen Schätzungen ungefähr die Hälfte des deutschen Besitzes sein, die somit vor dem Uebergang in polnische Hände sicher ist. Nicht so erfreulich ist die Tätigkeit der Landbank, die trotz aller Vorkehrungen, wie hohe Konventionalstrafen, es nicht verstanden hat, ihre Ankäufe vor dem Uebergang in polnischen Besitz zu bewahren. Vielmehr soll ihrem Gewinn aus polnischer Hand ein gleich harter Verlust an die Polen gegenüberstehen.

Den Polen gelang es, mit Genehmigung des Staates, über 50 000 Hektar in Fideikommiss umzuwandeln und somit als polnisches Besitz zu sichern. Als polnische Fideikommissie nicht mehr die staatliche Genehmigung erhielten, erreichte man doch denselben Zweck durch Familienverbände, die 16 000 Hektar festen polnischen Besitzstand schufen und zur Bildung der an eine polnische Bank angegliederten Genossenschaft Anwohner polnischer Besitzung bereits 25 000 Hektar polnischen Besitzes entschuldet haben soll. Vergleichen man die auf beiden Seiten unternommenen Schritte zur Sicherung des nationalen Besitzstandes miteinander, so wird man, wenn man auf polnischer Seite auch noch die von der Geistlichkeit geleiteten Parzellierungs- und Volksbanken mit ihren bisher unbekanntem Erfolgen hinzuzählt, doch zu dem Ergebnis kommen, daß

wir auf deutscher Seite einen gewaltigen Vorprung haben. Aber — die deutschen Unternehmungen sind staatlich organisiert, und die Polen haben aus freier Initiative heraus gehandelt. Ihren Familienverbänden und der Tätigkeit ihrer Genossenschaften und Banken dürfte jedoch das Enteignungsrecht den Todesstoß verfehlen.

Es ist vielleicht auch nicht ganz unangebracht, an dieser Stelle den von Zentrumskreisen erhobenen Vorwürfen zu begegnen, daß die von der Regierung unternommenen Germanisierungsversuche zugleich eine Protestantisierung der Ostmarken beabsichtigen. Hierzu äußert sich die Korrespondenz der Deutschen Vereinigung, eines Verbandes von Katholiken, die mit der jetzt üblichen radikal-demokratischen Politik des Zentrums nicht einverstanden sind, auf die Anpassung eines schlesischen Zentrumsblattes folgendermaßen:

„Bei Ansiedlung von deutschen Katholiken in der Provinz Posen steht für jede Behörde die Sorge um die Erhaltung der Leute in ihrem Volkstum im Vordergrund. Seht man sie einzeln in polnische Umgebung, dann würden sie bald um der Glaubensgemeinschaft willen und im polnischen Sonntagsvorkehr ihre Volkstum verlieren. Ein evangelischer Christ hält in einer solchen Umgebung, von der ihn sein Glaubensbekenntnis trennt, eher an seiner Rationalität fest. Im Besten der Provinz Posen ist für ihn leichter Kirche und Schule zu finden, als für den katholischen Deutschen. Für die Ansiedlung katholischer Deutsche liegt nämlich oft noch im Religionsunterricht der Schule eine Schwierigkeit. . . Bevor man die schwierige Stellung der Verwaltungsbehörden in einer im Nationalitätenhader stehenden Provinz durch verächtliche Zeitungartikel erschwert, sollte man eherliche Weise den Sachverhalt prüfen und lieber schweigen, als ohne hinreichenden Grund auf die Behörden loszuschlagen.“

Dieser von gut katholischer Seite kommenden Rechtfertigung der Germanisationsbestrebungen der Regierung, die ganz unabsichtlich zu einer immer nur scheinbaren Bevorzugung evangelischer Ansiedler führt, kann man nur zustimmen, wenn man die Verhältnisse im Osten kennt und sich die weitgehende Polonisierung deutscher Katholiken, besonders der urdeutschen Bamberger in Posen, die heute nur noch an ihrer alten Tracht kenntlich sind, vergegenwärtigt, und wenn man vor allen Dingen die Tatsache in Betracht zieht, daß katholische Ansiedler, die den nationalen Kampf gegen das Polentum grundsätzlich zu führen entschlossen sind, sich nur selten finden, (soweit auch die Ansiedlungskommission sich Mühe geben mag, sie heranzuziehen.

Deutsches Reich.

Der Urlaub des Reichskanzlers. Die kürzlich gemeldete Absicht des Reichskanzlers, in der Mitte des nächsten Monats einen Erholungsurlaub von einigen Wochen anzutreten, wird jetzt von einer dem Fürsten Wilhelme nahestehenden Seite ausdrücklich zugegeben. Der Erholungsurlaub des Fürsten soll bis zu Beginn der Plenarsitzungen des Reichstags nach den Weihnachtsferien dauern. Den Urlaub wird, nach einer Meldung, Wilhelme in Rom, sondern in Klein-Flottbek verbringen. In diesem Jahre hat der Fürst in Klein-Flottbek, das er sonst jedes Jahr nach seinem Sommerurlaub auf einige Tage besucht, noch nicht verweilt.

Ein Bundesstaat ohne Schulden. Greiz. Ein glückliches Land ist das Fürstentum Reuß a. L. Während sich nämlich wohl alle anderen Staaten mit einer mehr oder minder großen Schuldenlast herumplagen müssen, hat Reuß a. L. nicht nur keine Schulden, sondern sogar ein Reinerlösbudget von mehreren Millionen Mark. Im Jahre 1907 hatte das Fürstentum eine Einnahme von 2 176 106 M. und eine Ausgabe von 1 843 738 M., mithin einen Rechnungsüberschuss von 332 368 M. Der Vermögensbestand des Fürstentums setzt sich zusammen aus 760 855 M an Grundbesitzungen, aus 2 308 200,14 M an baren Kapitalien und aus dem Rechnungsüberschuss von 3 277 502,24 M nach Abzug aller Passiva verbleibt. Auch das Jahr 1908 soll sich trotz der wirtschaftlichen Kalanität rechtlich nicht ungünstig stellen.

Ausland.

Frankreich. Ein weißer Rabe. Einige Blätter besaßen sich mit der Rede, die Lord Roberts am Dienstag im Oberhaus gehalten hat, so der englischfeindliche „Gclair“, der (spöttisch) bemerkt, es sei ja bekannt, daß Großbritannien auf dem Kontinent keine vier Mann mit einem Korporal ins Feld stellen könne. Um den Mangel einer Landarmee auszugleichen, war eben die Politik des Londoner Kabinetts darauf gerichtet, den französischen Staat

unter sich zu bringen. Die „Aurore“ meint, die Furcht vor einer neuen Schlacht von Derling werde der Abrüstungsfrage nicht gerade förderlich sein. Der „Radical“ gibt Lord Roberts recht, wenn dieser für die Sicherheit seines Landes sorgt.

Italien. Studentenausschreitungen in Rom. Demonstrierende Studenten zogen am Mittwoch nach dem Kapitol. Dort versperrte ihnen Infanterie mit aufgezogenem Seitengewehr den Weg. Es ertönten Rufe gegen Oesterreich und gegen die eigene Regierung für Befreiung von Trient und Triest. Auf dem Weiterzuge gelangten die Demonstranten zuerst vor Oesterreichs vatikanische Botschaft, dann vor seine Quirinalbotschaft. Hier sprengte die Polizei die Gruppen und verhaftete einige Demonstranten, die sie aber sofort wieder freiließ, trotzdem die Verhafteten fortwährend, heftige Rufe gegen Oesterreich ausstießen. Vier Kompanien Infanterie und Bersagliere schützten die Botschaft außen und innen.

Reputierte und Zeitungen mißbilligten die Ausschreitungen gegen Oesterreichs Botschaft. Sie weisen zugleich aber auf den schädigenden Einfluß hin, den die angeblich offensibare deutsche Antipathie gegen Italiener, sowie das zweideutige Verhalten der österreichischen Regierung in der italienischen Unverletztsfrage auf den inneren und äußeren Zusammenhalt des Dreivereins habe. „Tribuna“ verlangt ein diplomatisches Eingreifen Tittonis. Der Wiener Korrespondent des „Corriere della Sera“ erfährt von dem Unterrichtsminister Camera, daß die Regierung die Einrichtung einer italienischen Rechtsfakultät für unvermeidlich erachte.

Die Studenten setzten am Mittwoch ihre Kundgebungen den ganzen Nachmittags auf dem Montecitorio-Platz fort, wo sie eintrafen, nachdem die Sitzung der Kammer geschlossen war, ebenso auf dem Colonnaplatz. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Auch in Bologna, Neapel und Turin veranfaßten die Studenten am Mittwoch wieder Kundgebungen.

Weitere Kundgebungen veranfaßten die Studenten in Siena, Florenz, Venedig, Genua und Gigerenti. Die Blätter fordern die Studenten auf, zur Ruhe zurückzukehren.

England. Der „Standard“ veröffentlicht folgende Zuschrift, die eine Auffassung vertritt, die bei englischen Politikern keineswegs vereinzelt ist, der man vielmehr in Gesprächen über die englisch-deutschen Beziehungen mit Rücksicht auf den deutschen Flottenausbau nicht ganz selten begegnet: „Warum sollen wir uns zur Behauptung unserer maritimen Suprematie eine neue enorme Steuerlast aufbürden? Ist es nicht ein alter völlerrechtlicher Grundsatz, daß, wenn eine Nation im Grenzgebiet einer andern mutwillig eine große Streitmacht anhäuft, das bedrohte Land die Entfennung dieser Streitmacht verlangen und nötigenfalls mit Waffengewalt erzwingen darf? An die deutsche Reichsregierung sind von der englischen Presse und von der englischen Regierung auf diplomatischem Wege wie vor aller Welt (s. B. auf der Ganger Konferenz) zahllose Appelle gerichtet worden, und sie hat sie sämtlich mißachtet. Soll das ewig so weitergehen? Die Hilfswellen der deutschen Nation sind in schnellem Wachstum begriffen, und es naht die Zeit heran, wo wir uns für eins von beiden entscheiden müssen, uns entweder bankrott zu rüsten oder zu kämpfen. Wäre es nicht besser, das Schwert schon jetzt zu ziehen?“

Carl Lawdor erklärte im Oberhaus, er begrüße die gestrigen Erklärungen des Premierministers Asquith. Der Zwei-Mächte-Standard sei die einzig sichere Grundlage, aber wenn man diesen Standard aufrechterhalten wollte, müßte England bis Ende 1911 sechs oder sieben Schlachtschiffe erster Klasse über das gegenwärtige Programm hinaus ausbauen und ebensoviel mehr bis zum Jahre 1912. Er frage die Regierung, ob sie die Versicherung abgeben wolle, daß alles Nötige geschehen würde, um den Bau der Schiffe zu beschleunigen. Namens der Admiralität sprach Carl von Oranard. Er bemerkte, man könne dem Programm der nächsten Jahre nicht vorgehen, er gebe aber zu, daß England bis zum Schluß des Jahres 1911 nur acht Schiffe vom Dreadnoughttyp und vier vom Indivincibletyp haben würde gegen dreizehn deutsche Kriegsschiffe von denselben Typen. Nicht in Berechnung gezogen dabei sei das Programm, welches die Regierung im nächsten Jahre vorzulegen beabsichtige. Schließlich erwähnte Oranard, die Regierung hoffe, der Flottenstützpunkt Rostock würde in sieben Jahren vollkommen fertiggestellt sein.

Die Balkanwirren. Der Londoner „Morning Leader“ behauptet in einer Meldung aus Belgrad, daß ein Defensivbündnis zwischen der Türkei und Serbien abgeschlossen und schon unterzeichnet sei. Schon vor einiger Zeit habe Oesterreich-Ungarn der Türkei die Warnung zugehen lassen, daß eine solche Allianz einen casus belli darstellen würde. Der „Daily Chronicle“ meldet aus Mailand, daß ein Balkankrieg im kommenden Frühjahr sehr wahrscheinlich, ja fast unvermeidlich sei. Zweitausend Italiener aus der